

REDEZEIT

Die Zeitung der SPD-Ratsfraktion Braunschweig

Themen der Ausgabe:
Gewerbegebiet SZ
Bericht: Neu im Rat
Feuerwehrbedarfsplan

AUSGABE 2 | 1. JAHRGANG | JUNI 2017 | KOSTENFREI

SPD-Idee: Rat beschließt Wohnkonzept

■ Das von der SPD-Ratsfraktion im September 2016 in Auftrag gegebene „Kommunale Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ ist vom Rat der Stadt in seiner März-Sitzung beschlossen worden. „Dieses Konzept liefert der Verwaltung eine ganze Reihe von Instrumenten, mit denen in Braunschweig zumindest ein Teil des dringend benötigten Wohnraums geschaffen werden kann“, so die planungspolitische Sprecherin Nicole Palm.

„Das Konzept stellt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar und zeigt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Wort steht, sich aktiv in unserer Stadt für die Interessen der finanziell oder sozial schwächer gestellten Menschen einzusetzen“, so Palm weiter. Ergänzend zu der Vorlage der Verwaltung hatte Palm im Rat gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine weitere Vorlage eingebracht, die die geplanten Instrumente zusätzlich konkretisierte.

„Es ist leider so, dass auch dieses Konzept einige Jahre brauchen wird, um richtig greifen zu können. Unsere Ergänzungen sollen helfen, punktuell eine deutlich schnellere Umsetzung zu ermöglichen“, hofft Palm. Vorgesehen ist beispielsweise, im Kom-

munalen Wohnbauförderprogramm den Kreis der Förderberechtigten um kleine Investoren und private Bauherren ab einer bestimmten Anzahl von Wohneinheiten zu erweitern. Ihnen soll ein direkter Zuschuss sofort oder nach einer kurzen Darlehenszeit gezahlt werden: „Dadurch würden nicht nur die großen Wohnungsgesellschaften, sondern auch kleinere Gesellschaften und private Vermieter profitieren und einen Anreiz erhalten“, erläutert Palm.

Auch setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, die Anzahl der auslaufenden Belegungsbindungen zu bremsen, indem bei Sanierungsbedarf zusätzliche Zuschüsse gezahlt werden können. „Dies kann dazu beitragen, eine Mietpreissteigerung im Sanierungsfall zu verhindern und die Preise damit stabil zu halten“, so Palm. Dazu soll die Stelle für Wohnbetreuung zu einer Anlaufstelle für alle Wohnungssuchenden mit kleinem Einkommen oder mit Schwierigkeiten beim Zugang zum Wohnungsmarkt ausgebaut werden. „Diese könnte beispielsweise kostenlose Gutscheine für eine Beratung beim Mieterverein ausgeben“, sagt Palm. Sie forderte abschließend, dass das Land seiner Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum in den Kommunen zu ermöglichen, noch stärker gerecht wird. kop



Es kann losgehen: Der Rat der Stadt hat das „Kommunale Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ beschlossen. Damit erhält die Verwaltung verschiedene Instrumente, um günstigen Wohnraum in unserer Stadt zu schaffen. Symbolfoto: Robin Koppelman

■ VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Die neue Ausgabe der „Redezeit“ steht wieder ganz im Zeichen der vielen Initiativen, die die SPD-Fraktion in den vergangenen Wochen und Monaten unternommen hat. Wie können wir die Mietpreise stabil halten und mehr sozialen Wohnraum schaffen? Wie kann größtmögliche Sicherheit am Standort Thune erreicht werden? Was braucht unsere Feuerwehr, damit sie weiterhin zuverlässig ihren Dienst tun kann und wie können wir dafür sorgen, dass wir endlich genug Ganztagsbetreuungsplätze an unseren Schulen haben? All das sind Fragen, die viele Menschen in unserer Stadt bewegen und an deren Lösung wir kontinuierlich gemeinsam mit unserem Oberbürgermeister Ulrich Markurth arbeiten. Dabei kommt uns als stärkster Fraktion die besondere Verantwortung zu, lösungsorientiert zu handeln, gegenüber den anderen Fraktionen aber auch kompromissbereit zu sein.

Bewegt hat uns zuletzt natürlich auch der Fußball: Gern hätte ich unserer Eintracht an dieser Stelle zum Aufstieg gratuliert. Es sollte leider nicht sein, dennoch war es eine großartige Saison, auf die man stolz sein kann. Stolz sind wir in Braunschweig nun schon seit 50 Jahren auch auf die 67er Meistermannschaft, die in diesen Tagen würdig geehrt wurde. Die Elf um Kapitän Achim Bäse hat seinerzeit mit sehr bescheidenen finanziellen Mitteln Großes erreicht – das sollte uns auch in der Kommunalpolitik Vorbild sein.

Ihr und Euer

Christoph Bräule



Die neuen Fahrzeuge der Braunschweiger Berufsfeuerwehr stehen vor dem Braunschweiger Rathaus. Foto: Robin Koppelmann

Fünf Jahre nach SPD-Antrag: Feuerwehrbedarfsplan ist beschlossen

■ Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am Dienstag, 28. März den Feuerwehrbedarfsplan für die Stadt Braunschweig beschlossen. „Das ist ein denkwürdiger Tag für unsere Stadt. Erstmals hat der Rat einen Plan aufgestellt, der die langfristige Ausrichtung von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in Braunschweig regeln und sie damit zukunftsweisend aufstellen wird“, zeigt sich Matthias Disterheft, SPD-Ratsherr und Vorsitzender im Feuerwehrausschuss, begeistert.

Die SPD-Fraktion hatte mit einem Ratsantrag bereits am 18. Dezember 2012 die Grundlage für die Erstellung des Feuerwehrbedarfsplans gelegt. „Der Plan ist nach seiner ersten Vorstellung bei den Aktiven auf eine sehr positive Resonanz gestoßen“, erläutert Disterheft weiter und berichtet von konstruktiven Gesprächen, die er mit den Kameraden in den Wehren zu dem Bedarfsplan geführt hat: „Dieser stellt eine umfangreiche Arbeitsgrundlage für die Entwicklung unserer Feuerwehr in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren dar. Alle beteiligten Ausschüsse sind nun aufgefordert, konstruktiv mit den einzelnen konkreten Umsetzungsvorschlägen aus dem Plan umzugehen.“

Erste Vorschläge sind hierzu bereits im zweiten Halbjahr 2017 zu erwarten. Mit Blick auf die Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplans hat die SPD-



Matthias Disterheft spricht in der Ratssitzung am 28. März 2017 zur Verabschiedung des Feuerwehrbedarfsplans. Der feuerwehrpolitische Sprecher hatte sich über Jahre für das Projekt maßgeblich eingesetzt. Foto: Robin Koppelmann

Fraktion zusätzlich erfolgreich einen Ergänzungsantrag in den Rat eingebracht, der die Bedeutung des Baus einer neuen Nordwache herausstellt: „Die Stadt entwickelt sich stetig weiter, neue Gewerbegebiete und Stadtteile kommen hinzu. Um auch für sie bestmögliche Sicherheit zu gewährleisten sollte überdacht werden, ob die neue Feuerwache Nord nicht bereits vor dem bisher angestrebten Jahr 2025 umgesetzt werden könnte.“ Erstmals hatte sich die SPD-Fraktion am 20. November 2012 im Feuerwehrausschuss für die Schaffung einer solchen Nordwache eingesetzt.

Dem Antrag der AfD-Fraktion, die Feuerwehr möge einen jährlichen und zentralen Tätigkeitsbericht abgeben, erteilte der Rat eine klare Absage. Disterheft sagt hierzu: „Die von der AfD geforderten Informationen sind



Den gesamten Feuerwehrbedarfsplan als QR-Code zum Nachlesen gibt es hier.



Mitglieder der Berufsfeuerwehr. Foto: Matthias Disterheft

entweder bereits in den unterschiedlichen Quellen einsehbar oder es ist für die Aktiven in der Praxis schlicht unmöglich, sie zu erheben. Es wäre daher eine absolute Zumutung, insbesondere den Ehrenamtlichen in der Feuerwehr eine solche zusätzliche Verwaltungsleistung aufzuerlegen.“

Autor: Robin Koppelmann



Das Gewerbegebiet Thune. Foto: Robin Koppelman

Eckert & Ziegler: SPD handelt Moratorium aus und versachlicht

■ In der Frage um das weitere Vorgehen im Gewerbegebiet Thune hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig ein Moratorium zwischen Verwaltung, Politik und den beteiligten Firmen Buchler GmbH, GE Healthcare und Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH per Antrag initiiert. Dies ist Teil einer Resolution, die die SPD Braunschweig zuvor im Unterbezirksausschuss einstimmig mit der Bezirksratsfraktion vor Ort verabschiedet hatte.

Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, erklärt hierzu: „Aufgrund der Tatsache, dass sich für einen neuen Bebauungsplan keine realistische Mehrheit im Rat abzeichnete, haben wir die Beratungen über die Verwaltungsvorlage ebenso wie unseren ursprünglichen Dringlichkeitsantrag in den Planungs- und Umweltausschuss überwiesen. Alles andere hätte das Risiko mit sich gebracht, erneut rechtsunsichere Beschlüsse herbeizuführen.“

Im Planungs- und Umweltausschuss

einigten sich Politik und die Unternehmen im März daraufhin auf eine Verlängerung des Moratoriums bis zum Juni.

„Die Zeit soll genutzt werden, um eine tragfähige Lösung für die Entwicklung des Gewerbegebietes zu finden“, so Nicole Palm, planungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Inhalt des Moratoriums sei außerdem, dass die Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH ihren Bauantrag für eine Halle, in der auch radioaktive Stoffe konditioniert werden können, in der Zeit des Moratoriums ruhen lässt.

Weiterhin verfolgt der SPD-Antrag das Ziel, das Niedersächsische Umweltministerium stärker in Pflicht zu nehmen

– unter anderem mit Blick auf einen möglichen Stresstest: „Dieser Auftrag ist bis jetzt noch nicht erfolgt“, sagt Bratmann. Er sieht das Ministerium jetzt in der Pflicht, zu handeln.

An das beteiligte Unternehmen Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH appelliert Bratmann dazu eindringlich: „Der Aufschub durch die Überweisung in den Ausschuss bietet den ehrenamtlichen Politikern die Möglichkeit, sich intensiv mit dieser hochkomplexen Thematik auseinanderzusetzen, was nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg angemessen ist. Es darf jedoch nicht sein, dass Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH diesen Aufschub nun ausnutzt und die eigenen Baupläne in der Zwischenzeit weiter vorantreibt. Das Unternehmen muss das Moratorium, das es selbst in der Braunschweiger Zeitung angekündigt hat, nun auch einhalten und dann für eine faire Diskussion im Anschluss zur Verfügung stehen.“

Autor: Robin Koppelman



Nicole Palm.

Foto: Klaus G. Kohn

Anfrage im Landtag: Bratmann nimmt Umweltministerium in die Pflicht

■ Christoph Bratmann hat in seiner Doppelfunktion als Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und Landtagsabgeordneter eine Anfrage an das zuständige Umweltministerium zum Gewerbegebiet Thune gestellt.

Darin fordert Bratmann Aufklärung zum aktuellen Stand der Überprüfung der Umgangsgenehmigung: „Das Ministerium hat uns mitgeteilt, dass dazu noch Gutachten des TÜV

zu den Ableitungen von radioaktiven Stoffen über Luft und Wasser auf Basis der Strahlenschutzverordnung ausstehen“, fasst Bratmann zusammen. Sicher sei jedoch schon jetzt, dass seitens der Unternehmen eine deutliche Reduzierung der Ableitungswerte für Luft für die Jodnuklide erfolgen muss.

Auch bei der Abwasserentsorgung müssen die Firmen noch weitere Be-

rechnungen nachliefern. „Das ist ein erster Schritt. Wir appellieren dennoch, dass das Ministerium durch die Prüfung der Umgangsgenehmigung eine verringerte Ableitung von radioaktiven Stoffen in Luft und Wasser sowie eine Reduzierung der verwendbaren radioaktiven Stoffe generell festlegt“, sagt Bratmann. So gelte es mit Blick auf den Stresstest zu prüfen, ob wirklich bereits alle Fallszenarien einkalkuliert worden sind. kop



Der Pausenhof einer Braunschweiger Schule. Symbolfoto: Robin Koppelman

Mehr Nachmittagsangebote für Braunschweiger Schüler

■ Die Nachfrage nach einer Nachmittagsbetreuung für Schulkinder in Braunschweig steigt, die SPD-Ratsfraktion reagiert: Durch den weiteren Ausbau der Schulkinderbetreuung und die Einführung der von der SPD-Fraktion unterstützten Betreuungsform „SchuKiPlus“ können in diesem Jahr zusätzlich etwa 250 neue Schulkinderbetreuungsplätze eingerichtet werden. „Damit ist es uns gelungen, die bereits eingeplanten 100 neuen Betreuungsplätze deutlich zu erhöhen“, sagt Christoph Bratmann, Vorsitzender und schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Außerdem müsse zur Sicherstellung einer verlässlichen Betreuung der Grundschul Kinder die Umwandlung von Grundschulen in Ganztagsgrundschulen nun intensiv vorangebracht werden, um dem weiter steigenden Betreuungsbedarf der Eltern entsprechen zu können. „Die SPD favorisiert dabei den (offenen) Ganztagsbetrieb an Grundschulen, da hierbei eine enge pädagogische Verzahnung zwischen Schule und Nachmittagsbetrieb stattfindet“, erklärt Bratmann.

Die von SPD und Grünen geforderte Prioritätenliste wird dem Rat der Stadt Braunschweig zum 26. September 2017 von der Verwaltung vorgelegt werden. Dann werden auch die ersten Grundschulen ausgewählt, die einen offenen Ganztagsbetrieb aufnehmen sollen.

„Durch einen gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde im Februar dieses Jahres vom

Rat die Grundlage für den dringend nötigen Ausbau der Ganztagsgrundschulen in Braunschweig gelegt“, skizziert Bratmann weiter. Von 2019 an sollen jährlich mindestens zwei Grundschulen in Kooperative Ganztagsgrundschulen umgewandelt werden.

Zentraler Bestandteil des Ratsbeschlusses ist die Erstellung einer Schul-Prioritätenliste. Diese Liste legt transparent fest, wann und warum eine Grundschule in eine Kooperative Ganztagsgrundschule umgewandelt werden wird. Die Prioritätenliste wird anhand von klaren und nachprüfbar Kriterien erstellt, zum Beispiel dem bislang nicht gedeckten Bedarf an Betreuungsplätzen im Einzugsbereich der Schule, den baulichen Anforderungen an eine Umwandlung, wachsenden Schülerzahlen durch Neubaugebiete oder der Bereitschaft der Schule, Ganztagschule zu werden.

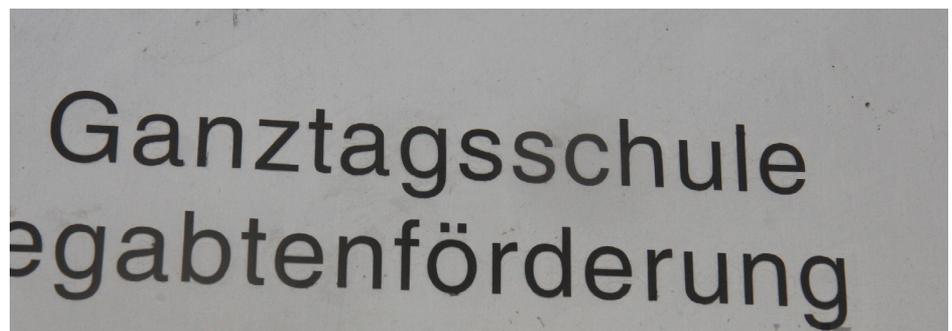
„Anhand der Liste wird die Stadtverwaltung zukünftig die Umwandlung der Schulen in kooperative Ganztagschulen planen“, so Bratmann weiter. Notwendige Vorläufe wie Baupla-

nungen oder die Bereitstellung von Haushaltsmitteln können rechtzeitig in Angriff genommen werden.

Durch die Tatsache, dass der Rat der Stadt sowie die Bürgerinnen und Bürger stets über die Liste informiert werden, wird eine verbindliche Umsetzung erreicht. In begründeten Fällen – etwa bei Schulen, die nicht als priorisiert eingestuft worden sind, bei denen ein Ganztagsschulbetrieb aber beispielsweise durch einen geringen finanziellen Aufwand möglich ist – kann von der Liste abgewichen werden. Dazu werden räumliche Mindeststandards für jene Kooperativen Ganztagsgrundschulen festgelegt, die noch 2017 beschlossen werden.

Der Ausbau erfolgt danach in zwei Phasen: Für Phase eins werden in einer Funktionsbeschreibung Mindeststandards für den Start als Ganztagschule festgelegt, für Phase zwei definiert ein Standardraumprogramm die Anforderungen für den Ausbau bei einer Teilnahme von 100 Prozent der Schülerinnen und Schüler am Ganztag.

Autorin: Nadine Wunder



Hinweisschild an einer Braunschweiger Schule.

Foto: Robin Koppelman



Der Wasserturm am Güterbahnhof Beddingen. Foto: Robin Koppemann

Gewerbegebiet Stiddien: SPD sorgt mit Resolution für Klarheit

■ Mit einer im Rat der Stadt Braunschweig am Dienstag, 16. Mai angenommenen Resolution bekennt sich die SPD-Fraktion zum Interkommunalen Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen: „Verschiedene Einflüsse vor Ort und in den beteiligten Bezirksräten haben die Diskussion um dieses dringend benötigte Gewerbegebiet teilweise vergiftet. Es wurde der falsche Eindruck vermittelt, in dem Gewerbegebiet könnte eine vermeintliche Atommülldeckscheibe für Schacht Konrad entstehen“, erklärt Ratsherr Manfred Dobberphul.

„Auf SPD-Anfrage hat die Verwaltung klargestellt, dass sich in dem Gewerbegebiet ebenso wenig atommüllverarbeitende, -erzeugende oder -behandelnde Betriebe ansiedeln sollen wie Betriebe, die eine entsprechende Logistik anbieten (vgl. Vorlage 17-04118-01)“, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion weiter. Mit Interesse habe er außerdem zur Kenntnis genommen, dass sich auch die CDU-Ratsfraktion für das Gewerbegebiet im Rat ausgesprochen habe: „Damit handelt sie im krassen Widerspruch zu den Positionen ihrer eigenen Bezirksratsfraktion vor Ort.“

„Die Stadt Braunschweig benötigt dringend weitere Gewerbeflächen, um für den zukünftigen Bedarf gerüstet zu sein und der permanenten Nachfrage nach Gewerbegrundstücken gerecht werden zu können. Gewerbesteuer-einnahmen sind unverzichtbar, wenn die Stadt ihre herausragende Bedeutung als Standort für innovative Ge-



Die Fläche des geplanten Interkommunalen Gewerbegebiets zwischen Braunschweig und Salzgitter. Rechts sind die Gleise des Bahnhofs Beddingen zu sehen, unten die A39 unweit der Anschlussstelle Salzgitter-Thiede. Grafik: OpenStreetmap

werbeansiedlungen – gerade auch für wissenschafts- und forschungsaffines Gewerbe – behalten möchte“, hebt SPD-Ratsfrau Annette Schütze, Mitglied des Wirtschaftsausschusses, ergänzend hervor. Sie hofft, dass die Verwaltung die im Rat beschlossene Machbarkeitsstudie nun baldmöglichst erstellen lassen wird, damit diese im Anschluss mit der Bevölkerung vor Ort ausführlich diskutiert werden kann.

Mit Blick auf die haltlosen Gerüchte



Annette Schütze.

Manfred Dobberphul.

Fotos (2): Klaus G. Kohn

zu den Atombetrieben unterstreicht Dobberphul weiter: „Die Verwaltung hat im Rat glaubhaft dargestellt, dass die Gerüchte zu Vorverhandlungen mit Land und Bund über einen Atom-müll-Verladebahnhof am Gewerbegebiet jeglicher Grundlage entbehren.“

Der Rat unterstützt mit dieser Resolution nun die Planungen der Verwaltung, die Nutzung des Gewerbegebiets für Atombetriebe beim späteren Verkauf von Bauland auf privatrechtlichem Wege, sowie mit einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit, die im Grundbuch eingetragen wird, auszuschließen.

„Außerdem bestehen auf Salzgitteraner Seite in direkter Nähe zum Bahnhof Beddingen und zu Schacht Konrad bereits jetzt baureife Gewerbegebiete, auf denen vermeintlich atomaffine Gewerbe schon heute ansiedeln könnten – und dies nicht tun. Ob sie also an dem neuen Gewerbegebiet überhaupt Interesse hätten, ist höchst fraglich“, so Dobberphul abschließend.

Autor: Robin Koppemann



Das Braunschweiger Rathaus. Foto: Robin Koppelman

„Haushaltsüberschuss zeigt die starke Arbeit von OB Markurth“

■ Mit großer Freude reagieren Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt, und Dr. Christos Pantazis, Vorsitzender der SPD Braunschweig, auf die am 27. April veröffentlichte Nachricht, nach der die Stadt Braunschweig im vergangenen Jahr einen Überschuss von 13,6 Millionen Euro erwirtschaftet hat.

„Dieses Ergebnis ist in seinem Zustandekommen nicht so überraschend, wie es zunächst den Anschein zu machen scheint. Es ist vielmehr die logische Konsequenz aus einer starken Arbeit der von Oberbürgermeister Ulrich Markurth geführten Verwaltung“, lo-

ben die beiden SPD-Politiker die Haushaltsentwicklung.

„Das Ergebnis zeigt schwarz auf weiß, dass gute sozialdemokratische Politik auch in durch die Gewerbesteuer ausfälle wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten funktioniert und es gelungen ist, auch dann wichtige Themen umzusetzen,



Christoph Bratmann.
Foto: Klaus G. Kohn

ohne sich dafür finanziell zu überheben“, erklären Bratmann und Pantazis weiter.

Sie unterstreichen: „Der Haushalt, der dieses Ergebnis erst ermöglicht hat, wurde seinerzeit von einer knappen Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BIBS im Rat der Stadt verabschiedet. Spätestens mit dem jetzigen Ergebnis zeigt sich, dass dieser Haushalt vernünftig und mit Augenmaß aufgestellt wurde. Der CDU-Fraktion, die den Entwurf seinerzeit ablehnte, sollte dies zu denken geben.“

Autor: Robin Koppelman

Taxi-Stände am Friedrich-Wilhelm-Platz entpuppen sich als Erfolgsmodell

■ Die von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig initiierten Taxenstände am Friedrich-Wilhelm-Platz entpuppen sich als Erfolgsmodell. Das geht aus einer Antwort der Verwaltung hervor, die bei der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 7. April mitgeteilt wurde.

„Der Friedrich-Wilhelm-Platz wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gern aufgesucht, insbesondere am Wochenende. Etliche Bürgerinnen und Bürger nutzen dazu das Taxi am na-

hegelegenen Taxenstand“, resümiert SPD-Ratsfrau Annegret Ihbe, die im Mai 2016 den Antrag zur Schaffung der Stände eingebracht hatte.

Aufgrund der erfolgreichen Zwischenbilanz kündigt Ihbe an, das Taxen-Angebot am Friedrich-Wilhelm-Platz weiter ausbauen zu wollen: „Nachdem der Probetrieb derart erfolgreich verlaufen ist, setzt sich die SPD-Fraktion für eine dauerhafte Einrichtung ein. Mit einem neuerlichen Antrag wollen wir sicherstellen, dass die Taxistände auch

samstags von 6 Uhr morgens bis sonntags, 6 Uhr morgens, in Betrieb sind.“ Schon vor einem Jahr wurde die Notwendigkeit zur Einrichtung von Taxiständen am Friedrich-Wilhelm-Platz durch etliche Nachfragen von Bürgerinnen und Bürgern deutlich. Die Verwaltung hatte auf SPD-Initiative daraufhin zunächst einen Probetrieb in der Zeit von einem Jahr, von Juni 2016 bis Juni 2017, für die Nachtzeiten zwischen 22 Uhr bis 6 Uhr eingerichtet. Hiervon profitieren auch die Besucher der anliegenden Diskotheken. kop

Termine

Dienstag, 20. Juni, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 8. August, 15 Uhr: Sitzung des Bauausschusses (Großer Sitzungssaal)

Mittwoch, 9. August, 15 Uhr: Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses (Großer Sitzungssaal)

Donnerstag, 10. August, 15 Uhr: Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 15. August, 15.30 Uhr: Sitzung des Verwaltungsausschusses (Rathaus, Raum A 1.63 - nicht öffentlich!)

Dienstag, 22. August, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 24. August, 15 Uhr: Sitzung des Jugendhilfeausschusses (FB Kinder, Jugend und Familie, Großer Saal).

Dazu finden wöchentlich donnerstags zwischen 16 und 17 Uhr öffentliche Bürgersprechstunden mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion in der Fraktionsgeschäftsstelle statt (Rathaus Altbau, Raum A1.51). Die genauen Zeiten sind unter www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de jederzeit einsehbar.



Szene in einer Braunschweiger Diskothek. Symbolfoto: Robin Koppelman

Diskriminierung an Diskos? Rot-Grün hat im Land schon gehandelt

■ Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig hat in der Ratssitzung am 16. Mai den Antrag „Keine Diskriminierung bei Einlasskontrollen“ (Vorlage 17-04017) abgelehnt. „Die Verwaltung hat mitgeteilt, dass sie bereits im April Stichproben in sechs Diskotheken vorgenommen hat und daraufhin Gespräche mit den Betreibern führen möchte“, erklärt Tanja Pantazis, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Der Antrag der Linken wurde damit hinfällig.“

Pantazis verweist in diesem Zusammenhang auf eine bereits umgesetzte Gesetzesinitiative der rot-grünen Lan-

desregierung: „Auf Betreiben von SPD und Grünen wurde das Niedersächsische Gaststättenengesetz bereits im Dezember 2015 dahingehend verändert, dass der Staat ausdrücklich bei Diskriminierungen an Disko-Türen a u f g r u n d



Tanja Pantazis.

Foto: Klaus G. Kohn

ethnischer oder kultureller Zugehörigkeiten aktiv werden kann. Hier droht

dem Disko-Betreiber eine Geldstrafe von bis zu 10.000 Euro, im schlimmsten Fall sogar ein Entzug der Gewerbe-lizenz.“

Pantazis geht davon aus, dass die Verwaltung diese Gesetzesänderung nun konsequent anwenden wird: „Sie ist mit ihren ersten Stichproben hierzu bereits aktiv geworden und sie hat im Ausschuss für Integrationsfragen zugesichert, dies auch zukünftig weiter tun zu wollen. Die Verwaltung geht damit sogar weiter, als es der Antrag der Linken fordert. Denn dieser sieht nur Stichproben in den kommenden sechs Monaten vor.“

Autor: Robin Koppelman

Ratsmitglieder begleiten Johanne Modder

■ Die Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Johanne Modder, besuchte im Rahmen ihrer Frühlingsreise auf Einladung von Christoph Bratmann den Diakonietreff im Madamenhof. Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion erklärte Modder gemeinsam mit den SPD-Ratsfrauen Annette Schütze und Annette Johannes insbesondere die Investitionen rund um das Projekt „Soziale Stadt“ im Westlichen Ringgebiet.

Im entspannter Runde gab es dann für die anwesenden Politiker der kommunalen und Landesebene die Gelegenheit, sich mit den Mitarbeitern des Diakonietreffs auszutauschen und über die Tätigkeiten in dieser Begegnungs- und Beratungsstelle zu sprechen. So besuchen pro Tag bis zu 100 Menschen die Einrichtung, dabei seien circa 90 Prozent von Armut oder Einsamkeit betroffen.



Gelöste Atmosphäre: Christoph Bratmann (Mitte) und Johanne Modder (rechts) besuchten den Diakonietreff im Westlichen Ringgebiet. Foto: Frank Flake

Annette Johannes, die an Heiligabend schon einmal im Diakonietreff zu Besuch war, berichtete dazu von dem freundlichen und wertschätzenden Umgang vor Ort. Christoph Bratmann resümierte abschließend: „Diese Einrichtung leistet nun seit über zehn Jahren eine tolle Arbeit und einen wichtigen Beitrag für das Zusammenleben im Westlichen Ringgebiet.“

Autor: Robin Koppelman

■ MENSCHEN

Manfred Dobberphul, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, ist in den ersten „Runden Tisch gegen Meeresmüll“ berufen worden. Das Gremium, in dem etwa 50 Experten aus dem gesamten Bundesgebiet vertreten sind, tagte auf Einladung von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Stefan Wenzel (Niedersächsischer Umweltminister) erstmals im April in Berlin. kop

Impressum

REDEZEIT

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
Telefon: 0531 470 2211
E-Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

VisdP: Frank Flake;
Redaktion: Christoph Bratmann, Matthias Disterheft, Annette Johannes, Robin Koppelman, Nicole Palm, Annette Schütze, Nadine Wunder, Nadja Zeitler;
Layout: Robin Koppelman



Der Rat während seiner Konstituierung im Herbst 2016. Foto: Robin Koppelman

NEU IM RAT: Von langen Sitzungen und dem Eintracht-Spielplan

■ Fünf neue Mitglieder hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig seit der Kommunalwahl im Herbst 2016. Susanne Hahn ist eine von ihnen. Sie berichtet Robin Koppelman von ihren Erfahrungen.

Seit gut einem Dreivierteljahr bist Du jetzt im Rat der Stadt Braunschweig. Was ist Dir in dieser Zeit besonders in Erinnerung geblieben?

Die Sitzung vom 19. Dezember 2016, als der Haushalt der Stadt beraten wurde. Es war die zweite Sitzung des neu gewählten Rates und sie begann um 11 Uhr und endete um 22 Uhr. Das war schon sehr erstaunlich und natürlich auch sehr anstrengend. Das Ergebnis war jedoch für die SPD erfreulich: Wir haben gezeigt, wer die treibende Kraft ist. Aufregend war natürlich auch die allererste Sitzung im November 2016. Als neugewähltes Ratsmitglied zum ersten Mal in den Ratssaal zu gehen und sich an seinen Platz zu setzen, das hatte schon was.

War der Start als „Neuling“ schwer?

Nein, nicht in der Zusammenarbeit mit dem Kolleginnen und Kollegen der SPD-Ratsfraktion, da war man sofort ein Teil des Teams. Die Abläufe in den Ausschüssen zu begreifen, das ist schon etwas schwieriger. Auch wenn ich schon seit 20 Jahren im Bezirksrat Östliches Ringgebiet arbeite, der Rat ist doch ein anderes Kaliber.

Was war denn Dein Antrieb, für den Rat zu kandidieren?

Ich bin geborene Braunschweigerin



Susanne Hahn im Rat.

Foto: Robin Koppelman

und habe meine Stadt sehr gern. Es war schon immer mein Bestreben, mitzuhelfen, damit diese großartige Stadt noch lebenswerter und liebenswerter wird.

Wie nimmst Du die Ratssitzungen und ihren Verlauf wahr?

Die meiste Zeit wird ernsthaft und konzentriert über ein Thema diskutiert. Es gibt aber auch Momente, in denen man sich fragt, warum man hier ist. Manche Ratskolleginnen und Ratskollegen hören sich einfach gerne reden, egal welches Thema erörtert wird und da wird die Redezeit von fünf Minuten gnadenlos ausgenutzt. Damit will man

sich nur profilieren und hofft, die Presse nimmt es wahr.

Wie viel Zeit nimmt so ein Ratsmandat in Anspruch?

Das ist unterschiedlich. Ich bin im Sportausschuss, im Grünflächenausschuss und im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft und wie es der Zufall will, tagen die immer in einer Woche. Ich bin dann also Mittwoch, Donnerstag und Freitag ab dem frühen Nachmittag im Rathaus unterwegs. Natürlich bleibt dann auf der Arbeit immer mal was liegen, aber so ist das halt. Oft gibt es auch Einladungen zu Veranstaltungen und Empfängen, die ich natürlich wahrnehme, wenn es die Zeit erlaubt. Es ist also kein unerheblicher Zeitaufwand.

... Du kannst die Ratstätigkeit also auch mit Deinem Hobby als Fußballfan zeitlich in Einklang bringen?

Nun ja, unsere Eintracht spielt ja oft am Sonntag und da gibt es selten offizielle Termine. Die SPD-Fraktionssitzungen finden immer Montag um 19 Uhr statt, da ich aber nicht die einzige „Eintrachtverrückte“ bin, verschieben wir auch mal die Anfangszeiten

Noch warten wir gespannt auf die erste Rede von Dir. Welche Themenschwerpunkte schweben Dir vor?

Da lass ich mich einfach mal überraschen, vielleicht gehe ich auch mal spontan „in die Bütt“.